

Landgericht Rostock

Ausfertigung

18 Os 4/09

34 Gs 1043/08 - AG Rostock

488 AR 216/08 DNA - StA Rostock



Beschluss

In dem DNA-Identitätsfeststellungsverfahren

betreffend



- Betroffener und
Beschwerdeführer -

Verteidiger:

Rechtsanwältin Anke Langensiepen,
Zeil 29-31, VI. Stock, 60313 Frankfurt am Main,

hat die 5. Große Strafkammer - Beschwerdekammer - des Landgerichts Rostock durch die Richter am Landgericht Fischer und Karstens sowie den Richter am Oberlandesgericht Dr. Jäschke

am 26. Januar 2009 b e s c h l o s s e n:

1. Unter Aufhebung des Beschlusses des Amtsgerichts Rostock vom 04.12.2008 (34 Gs 1043/08) wird der Antrag der Staatsanwaltschaft Rostock auf Anordnung einer molekulargenetischen Untersuchung des Betroffenen zurückgewiesen.
2. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens und die notwendigen Auslagen des Betroffenen im Beschwerdeverfahren hat die Staatskasse zu tragen.
3. Der Antrag des Beschwerdeführers, ihm Rechtsanwältin Langensiepen als notwendige Verteidigerin im Beschwerdeverfahren beizuordnen, wird zurückgewiesen.

Gründe:

I.

Der Betroffene ist ausweislich des BZR-Auszuges vom 01.08.2007 vor der zur Einleitung des vorliegenden DNA-Identitätsfeststellungsverfahrens führenden Anlasstat viermal verurteilt worden. Mit Urteil vom 30.08.1990 (2 Js 13466.7/90 2 CS) verurteilte ihn das Amtsgericht Rüsselsheim wegen gemeinschaftlicher grober Störung einer Versammlung zu einer Geldstrafe von 25 Tagessätzen zu je DM 40,-. Das Amtsgericht Friedberg verhängte gegen ihn mit Strafbefehl vom 16.04.1993 (7 Js 23066.7/92 4A CS) wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Tateinheit mit Beleidigung eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je DM 20,-. Mit Urteil des Landgerichts Gießen vom 31.05.1994 (7 JS 157695/93 2 KLS) wurde der Betroffene wegen gemeinschaftlichen Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 10 Monaten verurteilt, wobei die Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt und die Strafe später erlassen wurde. Schließlich setzte das Amtsgericht Frankfurt am Main mit Strafbefehl vom 29.06.2004 (661 JS 25055/04 998 CS) wegen Diebstahls geringwertiger Sachen gegen den Betroffenen eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je € 15,- fest.

Die Anlasstat wurde vom Amtsgericht Rostock abgeurteilt. Es verurteilte den Betroffenen mit Urteil vom 07.12.2007 (21 Ds 537/07) wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit einem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten. Die Vollstreckung der Strafe setzte es mit folgender Begründung zur Bewährung aus:

"Der Angeklagte lebt in geordneten sozialen Verhältnissen und hat in der Vergangenheit bereits gezeigt, dass er in der Lage ist, eine Bewährungszeit ohne erneute Straffälligkeit zu überstehen. Das Gericht hat daher die Hoffnung, dass er sich in Zukunft auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs straffrei führen wird".

Mit Verfügung vom 21.05.2008 beantragte die Staatsanwaltschaft Rostock unter Hinweis darauf, dass der Betroffene eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen habe und wegen der Art der Taten, der Persönlichkeit und der erheblichen einschlägigen Vorstrafen Grund zu der Anahme bestehe, dass gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung zu führen sind, die Anordnung einer molekulargenetischen Untersuchung.

Im Rahmen des rechtlichen Gehörs beantragte der Betroffene mit Anwaltsschriftsatz vom 10.07.2008, den Antrag der Staatsanwaltschaft Rostock abzulehnen. Er beanstandete, dass entgegen den verfahrensmäßigen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bislang weder eine Einzelfallprüfung stattgefunden habe noch irgendwelche Akten beigezogen worden seien. Der Antrag der Staats-

anwaltschaft wiederhole lediglich den Gesetzestext. Der Hinweis auf die erheblichen einschlägigen Vorstrafen sei unzutreffend. Die einzige Straftat von erheblicher Bedeutung sei die, die das Landgericht Gießen im Jahr 1994 abgeurteilt habe. Bei einem Zeitraum von 14 Jahren Straffreiheit sei die Annahme einer Wiederholungsgefahr nicht ersichtlich. Ob die Anlasstat von erheblicher Bedeutung ist, sei angesichts des Strafmaßes von 10 Monaten fraglich. Schließlich müsse berücksichtigt werden, dass die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung ausgesetzt worden sei. Diese günstige Prognose biete ein Indiz gegen eine Wiederholungsgefahr.

Mit dem angefochtenen Beschluss ordnete das Amtsgericht Rostock die molekulargenetische Untersuchung des Betroffenen an. Wegen der Begründung übernahm es wortgleich die Ausführungen in der zuvor der Staatsanwaltschaft Rostock gewährten Stellungnahme. Diese hatte dem Vorbringen des Betroffenen im Wesentlichen entgegengehalten, dass alle Voraussetzungen für eine Entnahme (gemeint: von Körperzellen) gegeben seien. Durch die neuerlichen einschlägigen Straftaten habe der Verurteilte gezeigt, dass bei ihm eine Wiederholungsgefahr bestehe. Dass das zuletzt aburteilende Amtsgericht Rostock die geordneten sozialen Lebensumstände und Verhältnisse des Betroffenen positiv gewürdigt habe, sei im Hinblick auf die gebotene Entscheidung über eine Strafaussetzung zur Bewährung von Bedeutung gewesen, falle im vorliegenden Verfahren aber nicht ins Gewicht.

Gegen diesen Beschluss wendet sich die Beschwerde des Betroffenen vom 10.12.2008. Unter Wiederholung und Vertiefung seiner Argumente rügt er, dass die Entscheidung des Amtsgerichts Rostock mitnichten den Anforderungen genüge, die das Bundesverfassungsgericht für das DNA-Identitätsfeststellungsverfahren aufgestellt habe.

II.

Die Beschwerde ist zulässig (§ 304 StPO). Sie hat auch in der Sache Erfolg.

1. Notwendig und ausreichend für die Anordnung der Maßnahme nach § 81g StPO ist, dass wegen der Art oder Ausführung der bereits abgeurteilten Straftat, der Persönlichkeit des Verurteilten oder sonstiger Erkenntnisse Grund zu der Annahme besteht, dass gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen Straftaten von erheblicher Bedeutung zu führen sind. Zwar wird keine erhöhte Wahrscheinlichkeit für einen Rückfall gefordert (vgl. LG Hannover, NStZ 2000, S. 221 mit Anm. Kauffmann). Jedoch setzt die Maßnahme voraus, dass sie im Hinblick auf die Prognose der Gefahr der Wiederholung auf schlüssigen, verwertbaren (vgl. Rogall in: SK-StPO, § 81g Rn. 15 und Anh. zu § 81g Rn. 11) und in der Entscheidung nachvollziehbar dokumentierten Tatsachen beruht und auf dieser Grundlage die richterliche Annahme der Wahrscheinlichkeit künftiger Straftaten von erheblicher Bedeutung belegt, für die das DNA-Identifizierungsmuster einen Aufklärungsansatz durch ei-

nen (künftigen) Spurenvergleich bieten kann (BVerfG, NJW 2001, 879 [Tz. 62]). Eine tragfähig begründete Entscheidung setzt im Fall des Eingriffs in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung voraus, dass ihr eine zureichende Sachaufklärung (vgl. BVerfGE 70, 297, 309), insbesondere durch Beiziehung der verfügbaren Straf- und Vollstreckungsakten, des Bewährungshefts und zeitnaher Auskünfte aus dem Bundeszentralregister (vgl. LG Würzburg, StV 2000, S. 12), vorausgegangen ist und in den Entscheidungsgründen die bedeutsamen Umstände abgewogen wurden. Dabei ist stets eine auf den Einzelfall bezogene Entscheidung erforderlich; die bloße Wiedergabe des Gesetzeswortlauts reicht nicht aus (BVerfG, a.a.O., [Tz. 59]).

2. Der Beschluss des Amtsgerichts Rostock vom 04.12.2008 entbehrt einer tragfähigen Begründung.

a. Das Amtsgericht hat sich schon nicht mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Anlasstat von erheblicher Bedeutung ist. Hierzu besteht jedoch Erörterungsbedarf, wenn milde Strafen verhängt wurden und die Vollstreckung von Freiheitsstrafen zur Bewährung ausgesetzt wurde, weil auch die Verteidigung der Rechtsordnung die Strafvollstreckung nicht geboten hatte (BVerfG, a.a.O., [Tz. 65]). So liegt der Fall auch hier. Trotz an sich schwerer Vergehen hat das Amtsgericht Rostock mit Urteil vom 07.12.2007 gegen den Betroffenen mit einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten bei Strafaussetzung zur Bewährung angesichts des eröffneten Strafrahmens von 6 Monaten bis 10 Jahren (§ 125 a Abs. 1 Satz 1 StGB) eine milde Strafe verhängt und damit zum Ausdruck gebracht, dass es dem Unrechtsgehalt der Tat ein vergleichsweise geringes Gewicht beilegt. Der angegriffene Beschluss zeigt keine Umstände auf, die diese Beurteilung ungerechtfertigt erscheinen lassen. Sie sind auch sonst nicht ersichtlich.

b. Die dem Beschluss zugrunde liegende Negativprognose ist nicht nachvollziehbar, weil sie nicht erkennen lässt, auf welche Art von Straftaten sie sich bezieht. Eine Wahrscheinlichkeit für die Wiederholung der zuletzt abgeurteilten Taten kann mit "erheblichen einschlägigen Vorstrafen" nicht begründet werden, weil es beim Betroffenen derartige Vorstrafen nicht gibt. Die in den Jahren 1990 und 1993 mit Geldstrafe geahndeten Taten (gemeinschaftliche grobe Störung einer Versammlung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz) sind schon von ihrem Gewicht her nicht dem besonders schweren Landfriedensbruch vergleichbar. Eine vorbestrafte Tat von erheblichem Gewicht stellt lediglich die im Jahr 1994 abgeurteilte Raubhandlung dar. Aufgrund welcher schlüssigen und verwertbaren Tatsachen hier von der Gefahr einer Wiederholung auszugehen sein könnte, ist weder dem vorliegenden Beschluss des Amtsgerichts noch dem weiteren Akteninhalt zu entnehmen.

c. Das Amtsgericht hat dem Umstand, dass die Vollstreckung der wegen der Anlasstat verhängten Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, keine ausreichende Bedeutung beigemessen.

Zwar entfaltet die in jenem Verfahren angestellte günstige Legalprognose für das § 81g StPO-Verfahren keine Bindungswirkung (BVerfG, a.a.O., [Tz. 60]). Die Annahme einer Wiederholungsgefahr im Sinne des § 81g StPO kann deshalb im Einzelfall auch dann gerechtfertigt sein, wenn zuvor eine Strafaussetzung zur Bewährung erfolgt war. In Fällen gegenläufiger Prognosen durch verschiedene Gerichte entsteht jedoch regelmäßig ein erhöhter Begründungsbedarf für die nachfolgende gerichtliche Entscheidung (BVerfG, a.a.O., [Tz. 61]). Dem wird der angefochtene Beschluss nicht mit dem schlichten Bemerkern gerecht, die der Bewährungsentscheidung zugrunde liegenden Umstände fielen hier nicht ins Gewicht.

d. Die Entscheidung des Amtsgerichts vom 04.12.2007 verkennt, dass im Rahmen der Gefahrenprognose im Sinne des § 81g Abs. 1 StPO Umstände in den Abwägungsvorgang einzustellen sind, die gleichermaßen bei einer Sozialprognose für die Strafaussetzung zur Bewährung oder einer Gefahrenprognose bei der Verhängung einer Maßregel bestimmend sein können. Dies gilt etwa für die Rückfallgeschwindigkeit, den Zeitablauf seit der früheren Tatbegehung, das Verhalten des Betroffenen in der Bewährungszeit oder einen Straferlass, seine Motivationslage bei der früheren Tatbegehung, seine Lebensumstände und seine Persönlichkeit (BVerfG, a.a.O., [Tz. 61]). Zu all dem hat das Amtsgericht nicht die - bei Anordnung einer Maßnahme nach § 81g StPO gebotene - Sachaufklärung betrieben und entsprechende Feststellungen getroffen. Die sich aus den vorliegenden Akten erschließenden Erkenntnisse geben für eine negative Gefahrenprognose jedenfalls nichts her. Abgesehen von einem im Jahr 2004 abgeurteilten Bagatelldelikt liegen die Straftaten des Betroffenen 15 Jahre und länger zurück. Dass der unter Bewährung stehende Betroffene neue Straftaten begangen hat, ist nicht bekannt. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat mit Verfügung vom 13.01.2009 mitgeteilt, dass gegen den Betroffenen keine Ermittlungsverfahren anhängig sind. Der für die Bewährungsentscheidung gegebenen Begründung, der Betroffene lebe in geordneten sozialen Verhältnissen und habe in der Vergangenheit bereits gezeigt, dass er in der Lage sei, eine Bewährungszeit ohne erneute Straffälligkeit zu überstehen, ist deshalb nichts entgegenzusetzen.

Mithin fehlt es an schlüssigen und verwertbaren Tatsachen für eine Prognose der in § 81 g StPO vorausgesetzten Wiederholungsgefahr. Der Beschluss des Amtsgerichts Rostock konnte deshalb keinen Bestand haben.

III.

Der Antrag des Betroffenen, ihm seine Anwältin als notwendige Verteidigerin im Beschwerdeverfahren beizuordnen, war zurückzuweisen, weil die Voraussetzungen des § 140 Abs. 2 StPO nicht vorliegen. Die Sach- und Rechtslage weist keine Schwierigkeit auf, die die Mitwirkung eines Verteidigers geboten erscheinen lässt. Die Rechtsverteidigung bedurfte auch keiner Akteneinsicht

durch den Betroffenen, weil die aufgezeigten Mängel des Beschlusses schon aus sich heraus ersichtlich sind.

IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 473 StPO.

Fischer

Karstens

Dr. Jäschke

Ausgefertigt:
Rostock, den 28.01.2009

Meyer, Justizfachangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

